

Es informiert Sie	Gudrun Limberg
Telefon (0202)	563 7220
Fax (0202)	563 8023
E-Mail	gudrun.limberg@stadt.wuppertal.de
Datum	24.09.2009

---

**Niederschrift**  
**über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Ronsdorf (SI/7879/09) am 22.09.2009**

Anwesend sind:

**von der CDU-Fraktion**

Frau Gisela Hecht, Herr Michael Hornung ,Herr Karlheinz Raufeisen, Herr Kurt-Joachim Wolfgang,

**von der SPD-Fraktion**

Herr Dipl. Ing. Eckhart Ebert, Herr Harald Scheuermann-Giskes , Herr Peter Stuhldreiter ,

**von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Herr Michael Hohagen , Herr Sebastian Themel ,

**von der FDP**

Herr Alexander Schmidt ,

**von der WfW**

Herr Meinhard Mesenholl ,

**als Vertreter des Oberbürgermeisters**

Herr Beig. Thomas Uebrick ,

**als beratende Ratsmitglieder**

Frau Stv. Dorothea Glauner, Frau Stv. Christa Stuhldreiter,

**vom Bezirksjugendrat**

Maike Wenz,

**als Berichterstatter**

Herr Braun (105), Herr Krieg (208), Herr Vorsich (302), Frau Winkler (105), Herr Strauß (Polizei),

**von der Presse**

Herr Florian, Herr Fuchs, Herr Wohlers, Herr Wüstenhagen.

**Nicht anwesend sind:**

Herr Klaus Bartsch, Herr Lothar Nägelkrämer, Frau Ingrid Rode, Herr Stv. Jürgen Heinemann, Mathis Fitsch.

Schriftführerin:  
Gudrun Limberg

Beginn: 18:30 Uhr  
Ende: 19:55 Uhr

Die Bezirksvertretung ist damit einverstanden, die Behandlung von TOP 6 auf Wunsch der Verwaltung auf die Sitzung am 01.12.2009 zu verschieben.

## I. Öffentlicher Teil

---

### 1 Bericht aus dem Bezirksjugendrat

Frau Wenz berichtet über die Aktivitäten des Bezirksjugendrates.

---

### Berichte und Mitteilungen

Frau Limberg weist auf die Trauerfeier am Volkstrauertag hin.

---

### 3 **Aufhebung des Bebauungsplanes Nr. 311 -Rädchen- (Teilbereich) - Aufstellungs- und Offenlegungsbeschluss - Berichterstattung: Ressort Bauen und Wohnen Vorlage: VO/0593/09**

Beschluss der Bezirksvertretung Ronsdorf vom 22.09.2009:

Die Vorlage VO/0593/09 wird abgelehnt.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Stimmenmehrheit (gegen 2 Stimmen der SPD-Fraktion).

---

### 4 **Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 1107 V -Heidter Straße / Rädchen- Änderung des Geltungsbereiches -Offenlegungsbeschluss- Berichterstattung: Ressort Bauen und Wohnen Vorlage: VO/0608/09**

Herr Schmidt sieht keinen Bedarf für die geplante Wohnbebauung. Das in der Drucksache für die Bebauung angeführte Argument der reizvollen Landschaft müsse im Grunde genommen gegen die Bebauung sprechen, weil Ronsdorf eben durch seine Freiflächen und Sichtverbindungen sowie der Nähe zur Natur für die Bewohner so attraktiv sei.

Herr Stuhlreiter kritisiert die vorgesehene einspurige Trassenführung der Straße Rädchen zwischen dem geplanten Haus Nr. 8 und dem Naturdenkmal. Dies halte er angesichts des jetzt bereits existierenden Verkehrs für unmöglich. Da das Naturdenkmal erhalten werden solle, könne die Konsequenz nur sein, das Haus Nr. 8 nicht zu bauen, um genügend Platz für eine zweispurige Verkehrsführung zu erhalten.

Außerdem halte er es aus Gründen der Kinderfreundlichkeit für erforderlich, dass die in der Vorlage beschriebenen Einfriedungen zur Sicherung der Blickbeziehungen in die Landschaft nicht bis zu einer Höhe von 1,20 m , sondern auf max. 0,80 m festgesetzt werden.

Herr Hohagen hält Wohnbebauung an dieser Stelle weder für erforderlich, noch für sinnvoll. Seine Fraktion werde die Vorlage ablehnen.

Herr Schmidt stellt die Frage, wann die Straßenbaumaßnahme erfolge und wer sie bezahle. Außerdem interessiere ihn, wie die Verwaltung den in der Vorlage zu findenden Ausdruck „Neubaubereich“ definiere.

Herr Hornung lehnt die Vorlage für seine Fraktion ab. Er kritisiert, dass es

zwischen der Einleitung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes und der Offenlegung drei verschiedene Planungsvarianten gegeben habe. Außerdem lägen zwischen der Bürgerbeteiligung und der Offenlegung ca. anderthalb Jahre. Dem Bürger sei nicht zuzumuten, nach diesem langen Zeitraum noch alle Details der unterschiedlichen Planungsvarianten präsent zu haben. Daher fordere die CDU-Fraktion eine erneute Bürgerbeteiligung auf Grundlage des nun vorliegenden Planes. Sollte dieses Anliegen nicht berücksichtigt werden, möge das städt. Rechtsamt die Ablehnung hierzu prüfen.

Ferner scheine ihm das von Pro Objekt in Auftrag gegebene Umweltgutachten unzureichend zu sein. Er fordere die Stadt auf, ein neues neutrales Gutachten einzufordern, welches vom Umfang her dem Gutachten entspreche, welches für den Bereich der geplanten JVA angefertigt worden sei. Die Kosten hierfür sollten vom Vorhabenträger übernommen werden.

Herr Braun erwidert auf die Frage von Herrn Schmidt, dass der in der Drucksache zu findende Ausdruck „Neubaugebiet“ die nun geplanten acht Häuser umfasse und derzeit nicht geplant sei, dieses Wohngebiet zu erweitern.

Frau Winkler erklärt, dass die jetzt vorgesehene Offenlegung nichts anderes als eine Bürgerbeteiligung sei. Im Zusammenhang mit dem Umweltgutachten weist sie darauf hin, dass noch zwei weitere Gutachten vorlägen. Dies sei zum einen eine Artenuntersuchung, zum anderen der landschaftspflegerische Begleitplan.

Herr Braun ergänzt, dass im Offenlegungsverfahren Jeder, d.h. auch Nichtbetroffene, schriftlich oder zur Niederschrift seine Bedenken und Anregungen äußern könne. Über das Ergebnis der Abwägung würde der Eingebener informiert.

Zur geplanten Straßenbaumaßnahme erklärt er, dass die Straße zunächst einmal mit dem Vorhaben nichts zu tun habe. Das betroffene Gebiet sei im Moment faktisch erschlossen. Deswegen sei die Straße nicht Teil des Projektes „neues Wohnbaugebiet“. Da die finanzielle Situation der Stadt aber auf absehbare Zeit keine andere sein werde, als zum derzeitigen Zeitpunkt, werde die Situation dort zunächst so bleiben, wie sie jetzt vorzufinden sei.

Langfristig gehe es darum, eine Möglichkeit offen zu halten, die Straße ordnungsgemäß bauen zu können. Durch einen Bebauungsplan werde Ortsrecht geschaffen. Er beinhalte jedoch in keiner Weise die Garantie, dass die dort festgelegten Inhalte in kurzer Zeit umgesetzt würden.

Beschluss der Bezirksvertretung Ronsdorf vom 22.09.2009:

Die Vorlage VO/0608/09 wird abgelehnt.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmigkeit (1 Stimmenthaltung der SPD-Fraktion).

-

Beschluss der Bezirksvertretung Ronsdorf vom 22.09.2009:

Die Bezirksvertretung Ronsdorf bittet um Durchführung einer erneuten frühzeitigen Bürgerbeteiligung auf Grundlage der jetzt vorliegenden aktuellen Pläne.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmigkeit.

-

Beschluss der Bezirksvertretung Ronsdorf vom 22.09.2009:

Die Verwaltung wird gebeten, ein neues neutrales Umweltgutachten in Auftrag zu geben, das nicht nur die Auswirkungen des Bauvorhabens, sondern auch die Auswirkungen auf die darunter liegenden Feuchtbiotope sowie die Wechselwirkungen auf Tier- und Pflanzenwelt beinhaltet.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmigkeit.

—

**Beschluss der Bezirksvertretung Ronsdorf vom 22.09.2009:**

Die Verwaltung wird gebeten, die Stellungnahme der Polizei zu der vorgesehenen neuen Verkehrsführung vorzulegen.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmigkeit.

-

**Beschluss der Bezirksvertretung Ronsdorf vom 22.09.2009:**

Die Verwaltung wird gebeten, in der nächsten Sitzung der Bezirksvertretung Ronsdorf einen Plan vorzulegen, der das geplante Bauvorhaben und die jetzige Straßenführung darstellt.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmigkeit.

Die Sitzung wird von 19.32 Uhr bis 19.34 Uhr unterbrochen.

---

**5      Unterschutzstellung der Buchen auf dem Parkplatz Blombachstraße  
- Antrag der CDU-Fraktion vom 17.08.2009 -  
Vorlage: VO/0623/09**

**Beschluss der Bezirksvertretung Ronsdorf vom 22.09.2009:**

Die Bezirksvertretung Ronsdorf bittet die Stadtverwaltung, bei der zuständigen Behörde die Unterschutzstellung der Buchen auf dem Parkplatz Blombachstraße als Naturdenkmal zu beantragen. Sollten für die Bäume die Kriterien eines Naturdenkmals nicht zutreffen, wird beantragt, alle Maßnahmen zu ergreifen, um den Baumbestand zu schützen.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmigkeit.

---

**6      Städtischer Grundbesitz im Bereich der Blombachstraße/Einmündung  
Elias-Eller-Straße  
- Sachstandsbericht -**

Verschieben auf die Sitzung der Bezirksvertretung Ronsdorf am 01.12.2009

---

**7      Lärmbelästigung im Ascheweg  
- Antrag der FDP vom 08.09.2009 -  
Berichterstattung: Ordnungsamt, SB Kinder, Jugend und Familie  
Vorlage: VO/0640/09**

Herr Ellbracht und Frau Buschulte schildern die Situation im Ascheweg aus Sicht der Anwohner.

Herr Strauß von der Polizeibezirksdienststelle Ronsdorf kennt die Problematik. Er berichtet, dass derzeit drei Beamte die Zeit von 7.00 bis 20.00 Uhr abdecken würden. Die nach 20.00 Uhr durchzuführenden Einsätze würden in der Regel von der Hauptwache abgedeckt. Trotzdem seien bereits mehrere Nachtkontrollen der Ronsdorfer Polizei zusammen mit dem Ordnungsdienst durchgeführt worden, allerdings mit der Konsequenz, dass wegen der knappen Personaldecke dann

tagsüber die Wache in der Erbschlöer Straße geschlossen werden musste. Die Möglichkeiten der Polizei seien aufgrund rechtlicher und personeller Vorgaben eingeschränkt. So könne es durchaus passieren, dass man einer Anforderung wegen Ruhestörung erst dann folgen könne, wenn Einsätze abgearbeitet seien, die auf der Prioritätenliste weiter obern stünden.

Herr Vorsich verdeutlicht, dass es im Bereich des Ascheweges drei Problembereiche gebe. Dies seien Alkoholkonsum, Lärm und Verunreinigung. Voraussetzung für das Eingreifen der Ordnungsbehörde sei eine Rechtsgrundlage. Im Bereich des Kinderspielplatzes und des Spielweges Richtung Supermarkt könne man tätig werden, weil die Straßensatzung den Alkoholkonsum auf Kinderspielplätzen verbiete.

Seit Januar hätten zusätzlich zu den normalen Streifengängen des Ordnungsdienstes ca. zwanzig Kontrollen im Rahmen der Jugendschutzstreife stattgefunden. In der Regel würden hierbei keine umfangreichen Verstöße festgestellt.

Grundsätzlich sei Alkoholkonsum in der Öffentlichkeit, außer auf Kinderspielplätzen, ebenso erlaubt wie eine Versammlung unter freiem Himmel. Lärmbelästigung hingegen sei ein Verstoß gegen das Ordnungswidrigkeitengesetz. Die Ahndung sei jedoch schwierig, weil wie bei der Polizei auch beim Ordnungsamt nur eine begrenzte Personaldecke zur Verfügung stünde. Trotzdem sei der Ordnungsdienst oft und auch zu später Stunde in Ronsdorf anzutreffen. Kritisch anmerken möchte er, dass das Ordnungsamt oft gerufen werden, ohne dass Verstöße festzustellen seien.

Herr Krieg sieht keine andere Möglichkeit, als der bekannten Problematik ordnungsrechtlich mit Unterstützung durch die Polizei zu begegnen. Die Jugendlichen, von denen heute die Rede sei, könne man nicht für die vorhandenen Jugendeinrichtungen gewinnen.

Herr Strauß ergänzt seinen Vortrag dahingehend, dass Gespräche mit dem Filialleiter des Supermarktes nicht dazu geführt hätten, das Parkdeck nachts zu schließen. Auch die Ansammlungen von Jugendlichen unmittelbar vor dem Eingang des Geschäftes könnten lediglich durch die Ausübung des Hausrechtes und nicht durch die Polizei unterbunden werden.

---

**8** **Wegkennzeichnung Wasserrad am Industrie- und Geschichtspfad im "Historischen Gelpetal"**  
**- Antrag der CDU-Fraktion vom 17.08.2009 -**  
**Vorlage: VO/0624/09**

Beschluss der Bezirksvertretung Ronsdorf vom 22.09.2009:

Die Bezirksvertretung Ronsdorf bittet die Stadtverwaltung, bei der zuständigen Behörde die Genehmigung für die außergewöhnlichen Wegzeichen „Wasserrad“ am Industrie- und Geschichtspfad im „Historischen Gelpetal“ zu beantragen.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmigkeit.

---

**9** **Änderung der Straßenverzeichnisse zur Straßenreinigungssatzung**  
**Vorlage: VO/0508/09**

Beschluss der Bezirksvertretung Ronsdorf vom 22.09.2009:

Die Bezirksvertretung stimmt dem Vorschlag des ESW zur Änderung der Straßenverzeichnisse zur Straßenreinigungssatzung gemäß Anlagen zu und

empfiehlt dem Rat der Stadt entsprechend zu beschließen.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmigkeit.

Die Bezirksvertretung Ronsdorf bittet den ESW bis zu ihrer nächsten Sitzung um schriftliche Mitteilung, ob die in der Anlage 2 dargestellte Änderung bei den Straßen Jägerhaus (Verbindungsweg bei Opel-Werkstatt) und Marscheider Bach (von Trotzhaus bis Großsporkert) auf einen Wunsch der Anwohner zurückzuführen sei.

Sollte dies nicht der Fall sein, möge der ESW darstellen, wie er sich die Situation in Notfällen vorstellt, wenn diese sowieso verkehrlich schwer zu erreichenden Gebiete eingeschneit seien. Den Bewohnern sei nicht zuzumuten, einen Straßenabschnitt von mehr als einen Kilometer selbst vom Schnee zu befreien.

---

**10 Fällung von Einzelbäumen - Auslichtung von Grünanlagen - Holzeinschläge in den Forsten - 2009/2010**  
**Vorlage: VO/0561/09**

Die Informationen über die Fällung der in den Listen aufgeführten Einzelbäume und die Durchforstungen werden ohne Beschluss entgegen genommen.

-

**Beschluss der Bezirksvertretung Ronsdorf vom 22.09.2009:**

Die Bezirksvertretung Ronsdorf spricht sich ausdrücklich gegen die Fällung der in der Baumfällungsliste 2009/2010 aufgeführten Hainbuche auf dem Kinderspielplatz Ascheweg/Kniprodestraße aus.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmigkeit.

---

**11 Anfragen und Anregungen an die Verwaltung**

Keine.

Harald Scheuermann-Giskes  
Stellv. Bezirksbürgermeister

Gudrun Limberg  
Schriftführerin